



Bozen, 24.05.2018

Bearbeitet von:
Jimmy Loro
Tel. 0471 417530
Jimmy.Loro@schule.suedtirol.it

Stephan Tschigg
Tel. 0471 417520
Stephan.Tschigg@schule.suedtirol.it

An die Direktionen
der Kindergartensprengel,
der Grundschulsprengel,
der Schulsprengel,
der Mittel- und Oberschulen,
der Berufsschulen und
der Musikschulen

Mitteilung

Europäische Datenschutz-Grundverordnung gemäß Verordnung (EU) 2016/679

Sehr geehrte Führungskräfte,

mit dem 25. Mai 2018 gilt die neue Europäische Datenschutz-Grundverordnung gemäß Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es handelt sich dabei um einen Rechtsakt der Europäischen Union, der direkt und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gilt.

Diese Verordnung ist in den verschiedenen Sprachen der EU unter dem folgenden Link einsehbar:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32016R0679>

Die Datenschutz-Grundverordnung, die auch für die öffentlichen Verwaltungen und somit auch für die Kindergärten und Schulen gilt, präzisiert und aktualisiert die bestehenden Vorschriften zum Datenschutz und fügt eine Reihe von neuen Elementen ein, um die Rechte der betroffenen natürlichen Personen verstärkt zu schützen.

Die wichtigste Neuerung der Datenschutz-Grundverordnung ist die Rechenschaftspflicht („*accountability*“), die den Verantwortlichen für die Einhaltung der im Artikel 5 Absatz 1 vorgesehenen Grundsätze für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich macht und diesen dazu verpflichtet, deren Einhaltung nachweisen zu können. Er setzt also unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere der Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen um, um sicherzustellen und den Nachweis dafür erbringen zu können, dass die Verarbeitung gemäß dieser Verordnung erfolgt.

Die Datenschutz-Grundverordnung definiert eine Reihe von Begriffen; die wichtigsten davon sind:



- „personenbezogene Daten“: alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann;
- „Verarbeitung“: jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung;
- „Verantwortlicher“ („*titolare del trattamento*“): die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden;
- „Auftragsverarbeiter“ („*responsabile del trattamento*“): eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet;
- „Empfänger“: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger; die Verarbeitung dieser Daten durch die genannten Behörden erfolgt im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften gemäß den Zwecken der Verarbeitung.

Die neue Verordnung verlangt von den Verwaltungen daher einen neuen Zugang bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten und die Entwicklung einer Strategie („*policy*“), die den dauerhaften Risiken für die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen Rechnung trägt, die mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten einhergehen.

Die wichtigsten Schritte dazu sind:

- 1) **Die Benennung eines Datenschutzbeauftragten** („*data protection officer*“, *DPO*): Dem Datenschutzbeauftragten obliegen zumindest folgende Aufgaben: Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters und der Beschäftigten, die Verarbeitungen durchführen, hinsichtlich ihrer Pflichten nach dieser Verordnung sowie nach sonstigen Datenschutzvorschriften der Union bzw. der Mitgliedstaaten; Überwachung der Einhaltung dieser Verordnung, anderer Datenschutzvorschriften der Union bzw. der Mitgliedstaaten sowie der Strategien des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters für den Schutz personenbezogener Daten einschließlich der Zuweisung von Zuständigkeiten, der Sensibilisierung und Schulung der an den Verarbeitungsvorgängen beteiligten Mitarbeiter und der diesbezüglichen Überprüfungen; Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde; Tätigkeit als Anlaufstelle für die Aufsichtsbehörde in mit der Verarbeitung zusammenhängenden Fragen und gegebenenfalls Beratung zu allen sonstigen Fragen. Falls es sich bei dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter um eine Behörde oder öffentliche Stelle handelt, kann laut Datenschutz-Grundverordnung für mehrere solcher Behörden oder Stellen unter Berücksichtigung ihrer Organisationsstruktur und ihrer Größe ein gemeinsamer Datenschutzbeauftragter benannt werden.



Jede Schule (autonome Körperschaft) muss bis zum 25. Mai 2018 einen eigenen Datenschutzbeauftragten ernennen und diesen der Datenschutzbehörde mitteilen: <http://www.garanteprivacy.it/web/guest/home/docweb/-/docweb-display/docweb/8868525>. Die Bildungsdirektion stellt den autonomen Schulen einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zur Verfügung. Für die Kindergarten- und Musikschuldirektionen ist die Datenschutzbeauftragte des Landes zuständig.

- 2) **Die Erstellung eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten** erfolgt durch eine angepasste Version der bestehenden IT-Anwendung namens „AXAM“. Die Landesregierung beabsichtigt dieses Verzeichnis innerhalb dieses Jahres zu erstellen.
- 3) **Die Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten** („data breach“) sind an die Aufsichtsbehörde und die betroffenen Personen zu melden.
- 4) **Die Informationspflicht** wird verstärkt. Werden personenbezogene Daten bei der betroffenen Person erhoben oder werden personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, so teilt der Verantwortliche der betroffenen Person eine Reihe von Informationen mit. Dabei kommen zu den bisher erteilten Informationen weitere hinzu. Auf der Grundlage der vom Organisationsamt erstellten Entwürfe wird die Bildungsdirektion den Kindergärten und Schulen Vorlagen zur Verfügung stellen.

Auf der Homepage der italienischen Datenschutzbehörde finden Sie weitere Informationen und Unterlagen: <http://www.garanteprivacy.it/>

Mit freundlichen Grüßen

Der Bildungsdirektor
Gustav Tschennet
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Rundschreiben Nr. 4 vom 23. Mai 2018 des Generaldirektors der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, betreffend „Anweisungen für die Anwendung der neuen europäischen Grundverordnung zum Schutz von personenbezogenen Daten“ <http://www.provinz.bz.it/ressorts/generaldirektion/rundschreiben.asp>
- Vorlage für die Ernennung eines Datenschutzbeauftragten

Papierausdruck für Bürgerinnen und Bürger ohne digitales Domizil

(Artikel 3-bis Absätze 4-bis, 4-ter und 4-quater des
gesetzesvertretenden Dekretes vom 7. März 2005, Nr. 82)

Dieser Papierausdruck stammt vom Originaldokument in elektronischer Form, das von der unterfertigten Verwaltung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erstellt wurde und bei dieser erhältlich ist.

Der Papierausdruck erfüllt sämtliche Pflichten hinsichtlich der Verwahrung und Vorlage von Dokumenten gemäß den geltenden Bestimmungen.

Das elektronische Originaldokument wurde mit folgenden digitalen Signaturzertifikaten unterzeichnet:

Name und Nachname / nome e cognome: GUSTAV TSCHENETT

Steuernummer / codice fiscale: IT:TSCGTV67H03I729Q

certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2

Seriennummer / numero di serie: 4b5252

unterzeichnet am / sottoscritto il: 24.05.2018

*(Die Unterschrift der verantwortlichen Person wird auf dem Papierausdruck durch Angabe des Namens gemäß Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Februar 1993, Nr. 39, ersetzt)

Am 24.05.2018 erstellte Ausfertigung

Copia cartacea per cittadine e cittadini privi di domicilio digitale

(articolo 3-bis, commi 4-bis, 4-ter e 4-quater del decreto
legislativo 7 marzo 2005, n. 82)

La presente copia cartacea è tratta dal documento informatico originale, predisposto dall'Amministrazione scrivente in conformità alla normativa vigente e disponibile presso la stessa.

La stampa del presente documento soddisfa gli obblighi di conservazione e di esibizione dei documenti previsti dalla legislazione vigente.

Il documento informatico originale è stato sottoscritto con i seguenti certificati di firma digitale:

*(firma autografa sostituita dall'indicazione a stampa del nominativo del soggetto responsabile ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 12 febbraio 1993, n. 39)

Copia prodotta in data 24.05.2018